

Sigrid Lorz

Ausländische Staaten vor deutschen Zivilgerichten

Zum Spannungsverhältnis von Staatenimmunität
und Recht auf Zugang zu Gericht

Mohr Siebeck

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
<i>A. Einführung</i>	1
I. Problemaufriss	1
II. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	4
<i>B. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Grundlagen der Staatenimmunität</i>	9
I. Herkunft und Entwicklung der Staatenimmunität	9
II. Rechtsquellen der Staatenimmunität	15
III. Personaler Geltungsbereich der Staatenimmunität	34
IV. Staatenimmunität aus der Perspektive des rechtsschutzsuchenden Individuums	56
<i>C. Staatenimmunität und Erkenntnisverfahren</i>	69
I. Grundregeln und Sonderfälle zur deutschen Gerichtsbarkeit	69
II. Fallgruppen der deutschen Gerichtsbarkeit	92
III. Verzicht des ausländischen Staates auf seine Immunität	131
IV. Weitere Prozessvoraussetzungen und Prozesshindernisse	152
V. Gerichtliche Prozessleitung	182
VI. Prozessuale Gestaltungsrechte der Parteien	209
VII. Sachvortrag, Prüfung von Amts wegen und Beweiserhebung	235
VIII. Urteil und Vergleich	253
IX. Spezielle Verfahrensarten	262
<i>D. Staatenimmunität und Zwangsvollstreckung</i>	277
I. Grundlagen der Vollstreckungsimmunität	278
II. Verzicht auf Vollstreckungsimmunität	300
III. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen und spezifische Vollstreckungshürden	311

IV. Bestimmung und Nachweis des Verwendungszwecks	344
V. Zwangsvollstreckung differenziert nach Art und Objekt	365
<i>E. Rechtsfolgen von Immunitätsverletzung und Rechtsschutzversagung sowie alternative Lösungsstrategien</i>	<i>403</i>
I. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Konsequenzen einer Immunitätsverletzung	403
II. Rechtsfolgen der Rechtsschutzversagung	425
III. Alternativen zum Rechtsschutz durch deutsche Gerichte	440
<i>F. Ergebnisse</i>	<i>465</i>
Literaturverzeichnis	477
Sachregister	495

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V.
Abkürzungsverzeichnis	XIX
A. Einführung	1
I. Problemaufriss	1
II. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	4
B. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Grundlagen der Staatenimmunität	9
I. Herkunft und Entwicklung der Staatenimmunität	9
1. Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten	9
2. Von der absoluten zur relativen Staatenimmunität	11
II. Rechtsquellen der Staatenimmunität	15
1. Völkergewohnheitsrecht	15
a. Vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Grundregeln zur Staatenimmunität	16
b. Immunitätsgesetze ausländischer Rechtsordnungen	17
aa. Foreign State Immunities Act of 1976 der Vereinigten Staaten ..	18
bb. State Immunity Act 1978 des Vereinigten Königreichs	19
cc. Weitere Immunitätsgesetze	20
c. Nicht kodifizierte Staatenpraxis	22
2. Völkerrechtliche Verträge	24
a. Europäisches Übereinkommen über Staatenimmunität	24
b. Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit	27
c. Weitere völkervertragliche Regelungen zur Staatenimmunität	29
d. Verhältnis der Übereinkommen zum Völkergewohnheitsrecht	31
3. Öffnungsklauseln des Grundgesetzes für die Staatenimmunität	33

<i>III. Personaler Geltungsbereich der Staatenimmunität</i>	34
1. Staaten und staatliche Untergliederungen	35
a. Staaten	35
b. Gliedstaaten und Gebietskörperschaften	37
2. Staatsorgane	40
3. Staatsunternehmen	43
a. Rechtslage nach den Übereinkommen über Staatenimmunität	44
b. Staatsunternehmen im Spiegel der deutschen Rechtsprechung	46
c. Funktionelle Betrachtungsweise	50
4. Abgrenzungen zur Staatenimmunität	52
a. Immunität der Diplomaten und Konsuln	52
b. Immunität internationaler Organisationen	54
<i>IV. Staatenimmunität aus der Perspektive des rechtsschutzsuchenden Individuums</i>	56
1. Das Problem: Staatenimmunität als Tür zu einem rechtsfreien Raum?	57
2. Rechte des rechtsschutzsuchenden Individuums	59
a. Recht auf Zugang zu Gericht nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK	59
b. Recht auf Zugang zu Gericht als Ausprägung des Justizgewährungsanspruchs	66
c. Völkerrechtliches Verbot der Justizverweigerung	67
C. Staatenimmunität und Erkenntnisverfahren	69
<i>I. Grundregeln und Sonderfälle zur deutschen Gerichtsbarkeit</i>	69
1. Begriff und Dimension der deutschen Gerichtsbarkeit	69
2. Grenzen der deutschen Gerichtsbarkeit	73
a. Völkerrechtliche Abgrenzungskonzepte	73
b. Maßgebliches Recht für die Qualifikation der staatlichen Tätigkeit	75
aa. Qualifikation nach der lex fori	75
bb. Völkerrechtliche Grenzen für den Kernbereich staatlicher Tätigkeit	77
c. Kriterien zur Präzisierung der Abgrenzungsformel	79
d. Immunität bei Wechsel der Handlungsform	82
3. Erweiterung der deutschen Gerichtsbarkeit in besonderen Konstellationen?	88
a. Fehlende Verbürgung der Gegenseitigkeit	88
b. Schwere Menschenrechtsverletzungen	89
<i>II. Fallgruppen der deutschen Gerichtsbarkeit</i>	92
1. Privatrechtliche Verträge	92
2. Völkervertragliche Regelungen	92

2. Beteiligungen an Gesellschaften und anderen Vereinigungen	101
3. Immaterialgüterrechte	103
4. Grundstücke, Vermögen aus Erbschaft und Schenkung, Vermögensverwaltung	105
a. Völkervertragliche Regelungen	105
b. Völkergewohnheitsrecht im Lichte der deutschen Rechtsprechung	108
5. Personen- und Sachschäden	110
a. Völkervertragliche Regelungen	110
b. Völkergewohnheitsrecht im Lichte der deutschen Rechtsprechung	113
6. Staatshandelsschiffe	116
7. Exkurs: Arbeitsverhältnisse	119
a. Völkervertragliche Regelungen	120
b. Völkergewohnheitsrecht im Lichte der deutschen Rechtsprechung	124
<i>III. Verzicht des ausländischen Staates auf seine Immunität</i>	<i>131</i>
1. Grundlagen des Immunitätsverzichts	132
a. Formen und Inhalt eines ausdrücklichen Verzichts	132
b. Erklärungsbefugnis	133
c. Wirkungen eines Verzichts	135
2. Konkludenter Immunitätsverzicht	137
a. Verzicht durch anderweitige Vereinbarung der Vertragsparteien	138
aa. Gerichtsstandsvereinbarung	138
bb. Schiedsvereinbarung	139
cc. Sachrechtsvereinbarung	144
b. Verzicht durch anderweitiges Verhalten des ausländischen Staates im Zivilprozess	144
aa. Entgegennahme der Klageschrift	145
bb. Klageerhebung	145
cc. Fehlende Verfahrensbeteiligung	146
dd. Rügeleose Einlassung zur Hauptsache	148
ee. Auftreten eines Vertreters des ausländischen Staates als Zeuge ..	149
3. Lösung vom Immunitätsverzicht	149
<i>IV. Weitere Prozessvoraussetzungen und Prozesshindernisse</i>	<i>152</i>
1. Internationale Zuständigkeit	152
a. Standort- und Quellenbestimmung	153
b. Ausgewählte Gerichtsstände nach der EuGVVO und der ZPO	156
aa. Gerichtsstand der Niederlassung	157
bb. Gerichtsstand des Vermögens	159
(1) Anwendbarkeit auf Klagen gegen ausländische Staaten	160
(2) Vollstreckbarkeit des zuständigkeit begründenden Vermögens	162
(3) Erfordernis eines hinreichenden Inlandsbezugs	164

dd. Gerichtsstandsvereinbarung	170
ee. Gerichtsstand infolge rügeloser Einlassung	172
c. Internationale Zuständigkeit für öffentlich-rechtliche Forderungen	172
d. Gedanken zu einer Zuständigkeitskonzentration de lege ferenda ...	175
2. Partei- und Prozessfähigkeit eines ausländischen Staates	176
3. Rechtshängigkeitssperre durch Klage vor einem ausländischen Gericht	179
4. Erbringung einer Prozesskostensicherheit durch einen ausländischen Staat	181
<i>V. Gerichtliche Prozessleitung</i>	182
1. Zustellung der Klage und Begleitverfügungen	183
a. Klagezustellung trotz fehlender Gerichtsbarkeit	183
aa. Zustellungspflicht gem. § 271 Abs. 1 ZPO	184
bb. Völkerrechtliches Zustellungsverbot	185
cc. Zustellung im Lichte des Rechts auf Zugang zu Gericht und des Mündlichkeitsgrundsatzes	187
dd. Ergebnis	189
b. Zustellung der Klage auf diplomatischem Weg	189
c. Zustellung der Klage im Inland	194
d. Annahmeverweigerung des ausländischen Staates	196
e. Fristen zur Verfahrensbeteiligung	199
2. Anberaumung und Durchführung der mündlichen Verhandlung	201
a. Bestimmung eines Termins zur mündlichen Verhandlung	201
b. Ladung eines ausländischen Staates zum Termin	203
c. Anordnung des persönlichen Erscheinens	205
d. Abgesonderte Verhandlung über die Zulässigkeit der Klage	206
e. Sitzungsgewalt und Verhängung von Ordnungsmitteln	208
<i>VI. Prozessuale Gestaltungsrechte der Parteien</i>	209
1. Klagehäufung und Klageänderung	209
a. Objektive Klagehäufung	210
b. Streitgenossenschaft	211
c. Objektive Klageänderung	212
d. Parteiwechsel	214
2. Drittbeteiligungen: Streitverkündung, Nebenintervention und Hauptintervention	215
a. Streitverkündung gegenüber einem ausländischen Staat	215
b. Nebenintervention eines ausländischen Staates	217
c. Nebenintervention des deutschen Staates	218
d. Hauptintervention	221
3. Widerklage	???

aa. Gerichtsbarkeit für konnexe Widerklagen	223
bb. Begrenzung der Widerklagesumme auf die Höhe der Klageforderung?	227
b. Widerklage eines ausländischen Staates als Beklagten	228
4. Prozessaufrechnung	230
a. Aufrechnung gegenüber einem ausländischen Staat als Kläger	230
b. Aufrechnung eines ausländischen Staates als Beklagten	232
5. Prozessbeendende Erklärungen	233
a. Klagerücknahme	233
b. Übereinstimmende Erledigterklärung	234
<i>VII. Sachvortrag, Prüfung von Amts wegen und Beweiserhebung</i>	235
1. Prozessuale Wahrheitspflicht und Staatsgeheimnis	235
2. Prüfung der deutschen Gerichtsbarkeit	237
a. Grundsatz der Prüfung von Amts wegen	237
b. Beweislast	239
c. Ermittlung der Regeln zur Staatenimmunität	241
aa. Einholung eines Rechtsgutachtens	241
bb. Vorlage an das Bundesverfassungsgericht	242
cc. Anrufung des Internationalen Gerichtshofs oder des Europäischen Gerichts für Staatenimmunität	243
3. Typische Problemkonstellationen bei der Beweiserhebung	245
a. Einvernahme ausländischer Staatsorgane und Staatsbediensteter als Zeugen	245
aa. Zeugnispflicht und Zeugnisverweigerungsrecht	246
bb. Ladung zum Termin	247
b. Beweis durch Urkunden eines ausländischen Staates	250
aa. Beweiskraft einer vom ausländischen Staat errichteten Urkunde	250
bb. Anordnung der Urkundenvorlage	251
<i>VIII. Urteil und Vergleich</i>	253
1. Wahl der richtigen Urteilsart	253
a. Zwischenurteil	254
b. Endurteil	256
c. Versäumnisurteil	257
2. Kostenentscheidung im Urteil	260
3. Prozessvergleich	261
<i>IX. Spezielle Verfahrensarten</i>	262
1. Prozesskostenhilfe	262
a. Prozesskostenhilfe für den Gläubiger eines ausländischen Staates ..	262
b. Prozesskostenhilfe für einen ausländischen Staat	264
2. Einstweiliger Rechtsschutz	266

a. Staatenimmunität im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	267
b. Vorlage an das Bundesverfassungsgericht	269
c. Arrestgrund der Auslandsvollstreckung	270
3. Mahnverfahren	272
D. Staatenimmunität und Zwangsvollstreckung	277
I. Grundlagen der Vollstreckungsimmunität	278
1. Verhältnis zur Immunität im Erkenntnisverfahren	278
2. Völkergewohnheitsrechtliche Regeln zur Vollstreckungsimmunität	279
a. Grundsatz der relativen Vollstreckungsimmunität	279
b. Modifikationen der Grundregel	282
aa. Völkerrechtswidrige Erlangung oder Verbringung des Vollstreckungsobjekts	282
bb. Konnexität zwischen Streitgegenstand und Vollstreckungsgegenstand	284
c. Sonderfall: diplomatische und konsularische Immunität	285
3. Völkervertragliche Regeln zur Vollstreckungsimmunität	287
a. Europäisches Übereinkommen über Staatenimmunität	287
aa. Art. 23 EuStImm: Grundsatz der absoluten Vollstreckungsimmunität	287
bb. Art. 26 EuStImm: Ausnahme bei Abgabe einer Notifikation	288
cc. Art. 20 und 25 EuStImm: Erfüllungspflicht des verurteilten Vertragsstaates	289
dd. Art. 21 EuStImm: Feststellungsklage über die Erfüllungspflicht	292
ee. Art. 22 EuStImm: Erfüllung eines Prozessvergleichs	295
ff. Resümee: Rechtsvereinheitlichung oder Rechtszersplitterung?	295
b. UN-Übereinkommen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit	297
aa. Art. 18 UN-Übereinkommen: Sicherungsmaßnahmen im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	297
bb. Art. 19 UN-Übereinkommen: Vollstreckungsmaßnahmen im Hauptsacheverfahren	298
II. Verzicht auf Vollstreckungsimmunität	300
1. Verhältnis zum Verzicht für das Erkenntnisverfahren	300
2. Form des Immunitätsverzichts	301
3. Immunitätsverzicht in speziellen Konstellationen	303
a. Verzicht durch Verhalten des ausländischen Staates im Zivilprozess	303
b. Verzicht durch Schiedsvereinbarung	304
c. Verzicht durch notarielle Urkunde	306

4. Erstreckung eines pauschalen Verzichts auf Gegenstände der diplomatischen Mission?	307
5. Feststellungsklage auf Immunitätsverzicht	310
<i>III. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen und spezifische Vollstreckungshürden</i>	311
1. Internationale Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts	311
2. Das immunitätsverletzende Urteil als taugliche Vollstreckungsgrundlage	314
a. Überblick über das Meinungsspektrum	315
b. Plädoyer für die Wirksamkeit des immunitätsverletzenden Urteils	317
aa. Vorgaben des Völkerrechts	317
bb. Vorgaben des Vollstreckungsrechts	318
cc. Vergleich mit dem verfassungswidrigen oder mensenrechtswidrigen Urteil	321
dd. Rechtssicherheit	322
c. Schlussfolgerung	323
3. Zwangsvollstreckung aus ausländischen Titeln in Deutschland	325
a. Vollstreckung aus Urteilen ausländischer Gerichte	325
b. Vollstreckung aus Schiedssprüchen internationaler Schiedsgerichte	329
4. Besondere Fristen	331
a. Wahrung einer Wartefrist	332
b. Vollziehungsfrist im einstweiligen Rechtsschutz	336
5. Einflussnahme der Exekutive auf die Zwangsvollstreckung	337
6. Staatsnotstand wegen Zahlungsunfähigkeit	339
a. Das rechtstatsächliche Problem mit den Argentinien-Anleihen	340
b. Das rechtliche Problem: Staatsnotstand als Vollstreckungshindernis?	341
<i>IV. Bestimmung und Nachweis des Verwendungszwecks</i>	344
1. Inhalt und Konturen des Verwendungszwecks	344
a. Maßgebliches Recht für die Qualifikation des Verwendungszwecks	345
b. Präzisierung des Verwendungszwecks	346
c. Tatsächlicher oder vorgesehener Verwendungszweck?	348
d. Gemischte Zweckbestimmung	350
e. Zweckbestimmung und Zweckänderung vor und während des Vollstreckungsverfahrens	352
f. Analoge Anwendung des § 882a Abs. 2 ZPO	354
2. Darlegung und Nachweis des Verwendungszwecks	355
a. Prüfung des Verwendungszwecks von Amts wegen	355
b. Darlegungs- und Beweislast	356
c. Anforderungen an das Beweismaß	361

V. Zwangsvollstreckung differenziert nach Art und Objekt	365
1. Zwangsvollstreckung in bewegliche Sachen	366
a. Schiffe	366
b. Flugzeuge	368
c. Militärische Gegenstände	369
d. Kunstgegenstände und andere Kulturgüter	370
e. Bewegliche Gegenstände diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen	372
2. Zwangsvollstreckung in und im Hinblick auf Grundstücke	374
a. Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung	374
b. Eintragung einer Zwangshypothek	377
c. Eintragung einer Arresthypothek	378
d. Bewilligung einer Grundbuchberichtigung	380
3. Zwangsvollstreckung in Forderungen	381
a. Ausländischer Staat als Forderungsinhaber	382
aa. Ansprüche auf Auszahlung eines Kontoguthabens	382
(1) Allgemeines zur Vollstreckung in Guthaben auf staatlichen Konten	382
(2) Bankkonten diplomatischer Missionen	383
(3) Bankkonten ausländischer Zentralbanken	385
(4) Bankkonten ausländischer Staatsunternehmen	388
bb. Mietzinsforderungen	390
cc. Ansprüche auf Rückerstattung der Umsatzsteuer	391
dd. Gebühren- und Steuerforderungen	393
b. Ausländischer Staat als Drittschuldner	395
4. Zwangsvollstreckung von Handlungen, Unterlassungen und Duldungen	397
a. Herausgabe von Sachen	398
b. Erwirkung von sonstigen Handlungen	399
c. Erzwingung von Unterlassungen und Duldungen	401
E. Rechtsfolgen von Immunitätsverletzung und Rechtsschutzversagung sowie alternative Lösungsstrategien	403
1. Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Konsequenzen einer Immunitätsverletzung	403
1. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	403
a. Haftungsgrundlagen	403
b. Wiedergutmachung für ein völkerrechtswidriges Endurteil	405
aa. Wege und Irrwege der Wiedergutmachung	406
bb. Rechtsmittel gegen ein immunitätsverletzendes Endurteil vor Eintritt der Rechtskraft	409

cc. Rechtsmittel gegen ein immunitätsverletzendes rechtskräftiges Endurteil	410
(1) Statthaftigkeit der Wiederaufnahmeklage	410
(2) Hürden im Wiederaufnahmeverfahren	412
c. Wiedergutmachung für eine völkerrechtswidrige Zwangsvollstreckung	415
aa. Rechtsbehelfe gegen die Vollstreckung in einen immunen Gegenstand	415
bb. Rechtsbehelfe gegen die Vollstreckung aus einem ohne deutsche Gerichtsbarkeit ergangenen Urteil	418
d. Befugnis des ausländischen Staates zu Gegenmaßnahmen	419
2. Verletzung des Rechts auf den gesetzlichen Richter	420
a. Verstoß gegen die Vorlagepflicht aus Art. 100 Abs. 2 GG	421
b. Entscheidung trotz fehlender Gerichtsbarkeit	422
<i>II. Rechtsfolgen der Rechtsschutzversagung</i>	425
1. Rechtsschutzmöglichkeiten des Klägers im Erkenntnisverfahren	425
a. Rechtsbehelfe gegen die Verletzung der Prozessförderungspflicht ..	425
b. Rechtsbehelfe gegen ein zu Unrecht ergangenes Prozessurteil	428
2. Rechtsschutzmöglichkeiten des Vollstreckungsgläubigers in der Zwangsvollstreckung	431
3. Haftung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem rechtsschutzsuchenden Individuum	433
a. Amtshaftung	433
b. Haftung aus enteignungsgleichem Eingriff	436
c. Weitere Haftungsansprüche	438
<i>III. Alternativen zum Rechtsschutz durch deutsche Gerichte</i>	440
1. Rechtsschutz durch die Gerichte des ausländischen Schuldnerstaates	440
a. Pflicht zur Rechtsschutzgewährung als Pendant zum Recht auf Staatenimmunität	440
b. Hürden der Rechtsverfolgung im Ausland	442
2. Rechtsschutz durch internationale Schiedsgerichte	444
a. Überblick über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit	444
b. Schiedsverfahren wegen Investitionsstreitigkeiten	445
c. Schiedsverfahren nach dem ICSID-Übereinkommen	448
3. Diplomatischer Schutz durch die Bundesrepublik Deutschland	449
a. Voraussetzungen für die Gewährung diplomatischen Schutzes	450
b. Überblick über die Mittel und Möglichkeiten zur Ausübung diplomatischen Schutzes	451
c. Anspruch auf Gewährung diplomatischen Schutzes	453

4. Möglichkeiten und Grenzen eigenmächtiger Rechtsdurchsetzung	454
a. Aufrechnung	454
b. Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts	457
c. Ausübung eines Pfandrechts	458
d. Selbsthilfe	461
F. Ergebnisse	465
Literaturverzeichnis	477
Sachregister	495